

Grausames Massengrab bei Donezk: Duma- Abgeordneter fordert internationale Ermittlung

Thema: Entwicklung in Ostukraine



© REUTERS/ Marko Djurica
13:50 24/09/2014

MOSKAU, 24. September (RIA Novosti).

mehr zum Thema

- [Russische Völkerrechtler rufen zur Untersuchung der Leichenfunde bei Donezk auf](#)
- [Human Rights Watch: Ukrainische Armee für Massentod von Zivilisten in Lugansk verantwortlich](#)
- [Donezk spricht von 4000 getöteten Zivilisten seit Beginn von Ukraine-Konflikt](#)
- [UN: Ukrainische Regierung für Schutz von Zivilisten verantwortlich](#)

Multimedia

- [Ukraine-Konflikt: Die Lage nach dem Waffenstillstand](#)

Nach dem Fund der Leichen misshandelter Zivilisten bei Donezk hat der russische Parlamentsabgeordnete Wjatscheslaw Nikonow eine internationale Ermittlung zu Kriegsverbrechen in der Ukraine gefordert.

„Es gibt einen konkreten Fall und der muss von einer internationalen Kommission untersucht werden“, sagte Nikonow, Vorsitzender des Bildungsausschusses, am Mittwoch in der Duma. Er forderte das Parlament dazu auf, die Bildung einer internationalen Kommission für die Untersuchung der Kriegsverbrechen zu bewirken.

Am Dienstag hatten die Volksmilizen in der Nähe der Siedlung Kommunar, 60 Kilometer östlich von Donezk, in einem Bergwerk ein Massengrab entdeckt. **Mehrere Leichen wurden bereits exhumiert.**

„Die Exhumierung der ersten Leichen – größtenteils junger Frauen - hat gezeigt, dass diese Frauen vergewaltigt, gefoltert, gefesselt und erschossen wurden. Eine von ihnen war schwanger“, sagte Nikonow. Der Abgeordnete machte die Kiewer Führung und die USA für das grausame Verbrechen verantwortlich. Deshalb sei es sinnlos, an diese Staaten zu appellieren. „Wir müssen internationale Menschenrechtsorganisationen, den Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu einer umfassenden und unvoreingenommenen Ermittlung aufrufen.“

In der Ost-Ukraine hatten seit April Gefechte zwischen Militär und bewaffneten Regierungsgegnern andauert. Die ukrainische Übergangsregierung hatte Panzer, Kampffjets und Artillerie gegen die östlichen Industrie-Regionen Donezk und Lugansk geschickt, weil diese den nationalistisch geprägten Februar-Umsturz nicht anerkannt und „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten. **Laut den jüngsten UN-Angaben hat der Konflikt mindestens 3543 Zivilisten das Leben gekostet.**

Am 5. September einigten sich die ukrainische Regierung und die Führungen der von Kiew abtrünnigen Donezker und Lugansker „Volksrepubliken“ bei Friedensgesprächen in Minsk auf einen [Waffenstillstand](#), Gefangenenaustausch und weitere Schritte zu einer friedlichen Konfliktlösung. Das Militär und die Milizen sehen zwar von Offensiven ab, dennoch wird fast täglich von [Angriffen](#) und [neuen Todesopfern](#) auf beiden Seiten berichtet. In der vergangenen Woche vereinbarten die Konfliktgegner die Einrichtung einer [30 Kilometer breiten Pufferzone](#), um Verstöße gegen die Waffenruhe zu verhindern.

Quelle: <http://de.ria.ru/politics/20140924/269626651.html>